

Lorenzer Kommentargottesdienste
zu Ereignissen der Zeit

Sonntag, 19. Juni 2011, 11.30 Uhr
St. Lorenzkirche – Nürnberg

***Nordafrika:
Realpolitik
oder
gerechter Krieg?***

Kommentar:

Georg Escher

Nürnberger Nachrichten

Theologischer Kommentar und Leitung:

Pfarrer Hans-Martin Gloël

Nürnberg

Begrüßung durch Pfarrer Hans-Martin Gloël:

Wir feiern diesen Kommentargottesdienst im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes, des Heiligen Geistes. Amen

Ist es ein Schaden, dass Deutschland jetzt nicht im Krieg in Libyen mitmischet? War die Enthaltung bei der Abstimmung bei den Vereinten Nationen ein Fehler?

Ja, wie muss man diesen Krieg überhaupt einordnen?

Bei aller Empörung über die brutale Niederschlagung der Rebellion durch das Regime: ist der Einsatz gerechtfertigt?

Fragen über Fragen, mit denen ich Sie hier zu unserem Kommentargottesdienst „Nordafrika: Realpolitik oder gerechter Krieg?“ herzlich begrüße.

Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass Sie in einer Stunde mit einer Antwort auf all diese Fragen nach Hause gehen. Aber zu manchen der Fragen, werden wir hoffentlich Denkanstöße erhalten.

Besonders begrüßen möchte ich Herrn Georg Escher, Politredakteur der Nürnberger Nachrichten, der den ersten Kommentar sprechen wird.

Intensiv bemüht haben wir uns um einen Vertreter der Bundeswehr, doch für die Dienstwege dieser Institution war die Kurzfristigkeit unserer Anfrage nicht geeignet – zumal in der Urlaubszeit. Somit müssen wir dieses Thema nun ohne militärischen Beistand ausfechten.

Ich, Hans-Martin Gloël, Pfarrer, Leiter des Begegnungszentrums Brücke – Köprü hier in Nürnberg werde dann den theologischen Kommentar sprechen. Nach einem Lied wollen wir dann mit Ihnen noch über das Thema ins Gespräch kommen.

Die Kollekte, die Sie dann bitte in die Sammelbüchsen am Ausgang einlegen ist für das Projekt EAPPI bestimmt. Das ist ein Ökumenisches Begleitprogramm in Palästina und Israel.

Alljährlich entsendet das Projekt rund 100 „ökumenische Begleitpersonen“ aus verschiedenen Ländern in gefährdete Gemeinschaften in Palästina, um den dort lebenden Menschen Schutz, Solidarität und Fürsprache anzubieten. Die ökumenischen Begleitpersonen unterstützen auch Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung. Auch aus Nürnberg sind durch Vermittlung des Nürnberger Evangelischen Forums für den Frieden (NEFF) Begleiter dorthin gesandt worden.

**Kommentar von Georg Escher,
Politikredakteur der *Nürnberger Nachrichten*:**

Ich könnte es mir einfach machen und Voltaire zitieren. "Gerechter Krieg ist ein Widerspruch in sich", befand der französische Aufklärer und Philosoph. Ich teile diese Meinung. Krieg, und wenn die Absicht noch so edel sein möge (was sie in der Regel gar nicht ist), trifft immer auch Unschuldige. Wir nennen das kühl-technisch und verharmlosend "Kollateralschäden". Das gilt auch für die Auseinandersetzung, über die wir heute reden: den Krieg in Libyen. Und doch will ich mich nicht einfach hinter einem klugen Voltaire-Zitat verstecken. Das wäre nicht redlich, schon gar nicht für einen politischen Journalisten.

Zu Libyen, dem Umbruch in der arabischen Welt und – was Thema dieses Kommentargottesdienstes ist: unserer Rolle in diesem Konflikt – komme ich gleich. Doch erst scheint mir ein kleiner Rekurs in die Historie wichtig, damit wir wissen, wovon wir reden, wenn wir von "gerechtem Krieg" sprechen.

Die Grundlage für das heute noch gängige Verständnis vom "gerechten Krieg" hat bekanntermaßen der römische Philosoph Cicero gelegt. Er legte strenge Kriterien dafür an, damit ein Krieg legitim sei. Im Wesentlichen sind es zwei Gründe: die Selbstverteidigung gegen Angreifer und Nothilfe für andere. Letzteres ist, wie wir leicht erkennen können, das Szenario, mit dem wir es heute in Libyen zu tun haben oder – früher – im Kosovo zu tun hatten. Cicero nannte aber eine ganz zentrale Voraussetzung dafür, um selbst in solchen Fällen einen Konflikt gewaltsam austragen zu dürfen: die zivilen Möglichkeiten der Konfliktschlichtung müssen erschöpft sein. Das ist die spannende Frage, und da wird es ein wenig kompliziert: Waren diese zivilen Mittel erschöpft?

Ein Weiteres wird oft übersehen: Ciceros Bellum-Justum-Theorie ist keine Anleitung zur Rechtfertigung von Krieg. Sie ist im Gegenteil eine ethische Anleitung zur Kriegsvermeidung. Und genau da müssen wir ein Versagen auch auf unserer Seite feststellen. Wir – der Westen – wir haben die Möglichkeiten der Konfliktvermeidung, der Prävention, so lange vernachlässigt, bis es – jedenfalls in den Augen vieler – keine andere Option mehr gab. Schlimmer noch: Wir haben durch unser Zutun Konfliktpotentiale sogar verschärft.

Sehen wir uns die drei Länder in Nordafrika an, in denen der arabische Aufbruch begann: Tunesien, Ägypten und Libyen. Welche Rolle haben da die Staaten des Westens gespielt? Alle drei waren für den Westen aus unterschiedlichen Gründen wichtig und nützlich. Und bei allen dreien sah die westliche Staatengemeinschaft generös sowohl über Menschenrechtsverstöße

hinweg wie auch über die hemmungslose Ausbeutung der Länder durch ihre Langzeit-Despoten.

Tunesien: Das ist das Land, dessen Küste nur 120 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt liegt. Von dort versuchen seit Jahren Tausende Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern illegal nach Europa zu gelangen. Deswegen haben wir nicht nur die Grenzagentur Frontex aufgebaut, die solche Flüchtlinge stoppen soll. Wir haben das Regime Ben Alis wie auch Libyens Machthaber Gaddafi mit Abermillionen zugeschüttet, damit sie die Flüchtlinge einsperren und nicht aufs Meer lassen.

In Tunesien hat sich insbesondere die frühere Kolonialmacht Frankreich nicht mit Ruhm bekleckert. Außenministerin Michèle Alliot-Marie urlaubte noch an Weihnachten 2010 in Tunesien und nutzte einen Privatjet eines Vertrauten von Präsident Ben Ali. Ihre Eltern machten gleichzeitig Immobiliengeschäfte mit dem Regime. Und selbst als die Proteste bereits losgebrochen waren, bot die französische Außenministerin das Know-How der französischen Sicherheitskräfte zur Niederschlagung des Aufruhrs an. Sie musste zurücktreten, doch zeigt das ganz gut, wie nachsichtig Mitgliedsstaaten der EU mit dem Diktator in Tunis umgegangen sind.

Libyen war jahrelang Sponsor von Terrorgruppen und wurde von den USA der "Achse des Bösen" zugeordnet. Der Wandel kam 2001, als auch Gaddafi die Anschläge vom 11. September verurteilte und zudem den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen erklärte. Obendrein ist Libyen einer der bedeutendsten Lieferanten für Erdöl und Erdgas. Die Belohnung: Gaddafi erhielt von den USA und der EU viel Geld und auch das jahrelange Waffenembargo wurde aufgehoben. Nun können wir sehen, dass Gaddafi seine eigene Bevölkerung nicht nur mit russischen, sondern auch mit amerikanischen und europäischen Waffen umbringen lässt.

Ägypten war wichtig, weil es als einziges arabisches Land neben Jordanien einen *Friedensvertrag* mit *Israel* geschlossen hat und als Vermittler eine wichtige Rolle spielte. Natürlich war bekannt, wie brutal Präsident Mubarak jegliche Opposition im eigenen Land unterdrückte. Das war uns nicht so wichtig, denn die bedeutendste Gruppe darunter war die islamistische Muslimbruderschaft.

Wie die Kollegen Ben Ali in Tunesien und Gaddafi in Libyen raubte auch Mubarak sein Land aus. Alle drei rafften für sich und ihre Familienclans Vermögen in hoher zweistelliger Milliardenhöhe zusammen.

Das ist Realpolitik. Ethisch möglicherweise anrühlich. Aber so wahren wir unsere Interessen – meinen wir zumindest. Doch stimmt das überhaupt? Wessen Interessen wären das? Und wie nachhaltig ist das?

Im Fall Libyens jedenfalls hat sich in Wochenfrist die Situation ergeben, dass sich die westlichen Staaten vor eine schmerzhaften Entscheidung gestellt sahen: Dem Morden des Gaddafi-Regimes an der eigenen Bevölkerung tatenlos zuzusehen – oder militärisch einzugreifen.

Von Clausewitz stammt das berühmte Diktum "Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik unter Einbeziehung anderer Mittel", wie es korrekt zitiert lautet. Das ist nicht die Formulierung einer Wunschvorstellung, beschreibt aber die Realität. Ich selbst gehöre aber zu denen, die den Krieg vielmehr als Versagen der Politik begreifen. In Libyen hat die Politik versagt – auch die des Westens.

Ich will jetzt nicht im Detail auf die Motive eingehen, die die Regierungen in der EU, in Washington, aber auch in einigen arabischen Hauptstädten umgetrieben haben. Bemerkenswert ist aber doch, dass Frankreich an der Spitze derer stand, die für ein militärisches Eingreifen warben – ausgerechnet das Land, das so großzügig Waffen und Atomtechnik nach Libyen verkauft hatte. Die Bundesregierung hat, wie wir alle wissen, eine Art Nichthaltung eingenommen: Keine Beteiligung an den Militäraktionen, aber trotzdem wünscht die Bundesregierung, dass die Militäraktion gelingt. Bezogen auf unser Thema heißt das wohl: Der Krieg ist vielleicht gerecht, er ist nur möglicherweise ungeeignet zur Lösung des Konflikts.

Bis heute haben weder die Kanzlerin noch der Außenminister die Beweggründe dafür schlüssig erläutert. Sie hätten anführen können, dass man nicht recht wisse, wer die Rebellen seien, ob da nicht im Hintergrund auch Al-Kaida-Kräfte mitmischen. Auch Gaddafi hat das mehrfach behauptet. Genau aus diesem Grund soll Israel heimlich Waffen an das libysche Regime geliefert haben. Jedenfalls haben die Rebellen in Bengasi Anfang April erklärt, sie hätten in Israel hergestellte Waffen beschlagnahmt. Die Lieferungen sollen über den palästinensischen Ex-Geheimdienstchef Mohammed Dahlan abgewickelt worden sein. War diese Furcht vor dem Einfluss von Al Kaida der Grund, warum die Bundesregierung sich bei der Abstimmung über die Militärmaßnahmen enthielt? Auch das wäre wieder Realpolitik.

Das Label Realpolitik wird oft verwendet mit dem Anspruch, dass es dazu keine vernünftige Alternative gäbe. "Alternativlos", wie die Kanzlerin das gelegentlich nennt. Das bestreite ich.

Diese Prämisse stimmt allenfalls, wenn die jeweilige Vorgeschichte ausgeblendet wird. Wenn man das Zusammenbrauen einer Krise lange genug ignoriert – oder schlimmer noch: vielleicht sogar fördert -, dann kann man urplötzlich in eine Situation geraten, in der scheinbar nur noch die Ultima Ratio, der Einsatz von Gewalt, die einzige Option bleibt.

Doch wer sich die vergangenen Jahrzehnte betrachtet, kann doch kaum übersehen, dass die Bereitschaft, immer wieder das Militär als Konfliktschlichter einzusetzen, sehr viel größer war als die Mühe, die darauf verwandt wurde, nachhaltige Krisenprävention zu betreiben.

Ein paar Beispiele: In Afghanistan wurden die Taliban vom Westen massiv mit Waffen und Geld unterstützt, um die sowjetischen Besatzer zu bekämpfen. Auch die palästinensische Hamas wurde vom Westen gefördert, als Konkurrenz gegen die militante Fatah des Jassir Arafat. Im Irak wurde Saddam Hussein als Gegengewicht zum iranischen Ayatollah Khomeini unterstützt.

Jedes Mal gab es kurzfristig plausible Gründe. Doch in allen Fällen erwies sich dies nach zehn oder 20 Jahren als dramatischer Fehler.

Und wir, der Westen, begehen diese Fehler bis heute. Im Nahen und Mittleren Osten wird der Iran immer noch als eine Art Hauptfeind wahrgenommen. Nachdem der Versuch mit dem Irak nicht so erfolgreich war, wird nun Saudi-Arabien als Bollwerk aufgerüstet. Die USA haben im vergangenen Herbst mit Riad Waffenkäufe für die unfassbare Summe von 60 Milliarden Euro vereinbart. Ausgerechnet Saudi-Arabien? Dabei weiß man längst, dass das saudische Herrscherhaus ihr fundamentalistisches Gedankengut mit ihren Ölmilliarden in die ganze Welt exportiert – nach Afghanistan genauso wie nach London oder Hamburg, wo die Saudis Koranschulen finanzieren. Das alles ist Realpolitik.

Was bleibt? Die meisten Kriege, in die Nato- oder EU-Staaten als Blauhelme oder als Schutzmacht eingegriffen haben, wären mit kluger, auf Dauer angelegter Politik vermeidbar gewesen. So klug ist die Politik oft nicht. Wahlperioden dauern meist vier Jahre. Die Erfolge weitsichtiger Politik – aber auch die Folgen von falschen Entscheidungen – zeigen sich mitunter erst eine Generation später. Also mussten wir oft kurzfristig Realpolitik betreiben und vermeintlich "gerechte Kriege" führen. Das Ziel wurde in aller Regel verfehlt.

Es liegt an uns, die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Theologischer Kommentar von Pfarrer Hans-Martin Gloël:

„Krieg darf um Gottes Willen nicht sein!“ so stand es während des Irakkrieges auf Plakaten an vielen Kirchen.

„Krieg muss um der Menschen Willen manchmal sein“ – so hat er es nicht gesagt, aber so verstehe ich Pfarrer Joachim Gauck. Auf dem Kirchentag in Dresden habe er sich dem Argument entgegengestellt, man solle sich doch in Libyen heraushalten, denn wenn man in Libyen eingreife, dann müsste man doch konsequenterweise auch noch an vielen anderen Stellen in der Welt helfend eingreifen. – Nein, wo Menschen um Hilfe riefen, dürfe man sich dem nicht entziehen, so habe Gauck sinngemäß gesagt.

I. Humanitäre Einsätze? Frieden sichern? Nicht ohne handfeste Interessen!

Aber: Hilferuf ist nicht Hilferuf und Menschenrecht ist nicht Menschenrecht. Regierungen suchen sich schon sehr bewusst aus, welche Menschen sie hören wollen und welche nicht.

Wir sind dabei, wenn es um einen Konflikt direkt vor unserer Haustür geht – Kosovo.

Wir sind dabei, wenn es sich um einen Bündnisfall mit angeblichem Sicherheitsgewinn handelt: Afghanistan.

Wir sind dabei, wenn es um die Staatsräson geht: deutsche Soldaten vor der Küste des Libanon zum Schutze Israels.

In Libyen sind wir nicht dabei und das ist gut so.

Zynisch ist es, bewaffnete Rebellen, die eine bestehende – freilich auch problematische – staatliche Ordnung infrage stellen, durch eine westliche Militärkoalition zu unterstützen, nicht aber die meist unbewaffneten palästinensischen Flüchtlinge bei ihren Demonstrationen an den israelischen Grenzen.¹ Sie fordern seit 1948 ihr Rückkehrrecht (UN-Resolution 194 vom 11. Dez. 1948) ein, weil sie in ihrem Heimatland leben und partizipieren wollen. Als sie dafür vor wenigen Tagen niedergeschossen wurden, habe zumindest ich nicht auch nur eine Stimme des Bedauerns von westlichen Politikern gehört. Sie hätten unsere Unterstützung verdient.

Nein, es kommt schon sehr darauf an, in welchem politischen Kontext Recht und Schutz eingefordert wird, und wie die jeweilige Interessenlage ist.

Mauretanien, Westsahara? Wen interessiert das schon?! Ein Land, fast dreimal so groß wie Deutschland. Wer weiß schon, was dort los ist? Für die meisten von uns ist das nicht auf dem Radarschirm, behaupte ich.

¹ Es ist fraglich, inwiefern bei den Demonstrationen Landesgrenzen verletzt wurden. Israel hat keine Grenzen definiert. Auch die UN-Resolution zur Gründung des Staates Israels, die die Definition von Grenzen verlangt, wurde nicht erfüllt.

Kongo? Ich halte hier ein kongolesisches Totschlaginstrument in der Hand. Mein Handy. Jeder von uns, der ein Handy hat, ist an den auf grausamste Weise geführten Kriegen im Kongo beteiligt, die sich die Bevölkerungsgruppen dort liefern, die das Coltan und andere Edelmetalle abbauen. Ohne dieses Erz aus dem Kongo funktionieren unsere Handys nicht.

Aber wen interessiert das schon? Ab und zu schreibt mal eine Zeitung darüber. Aber solange sie sich dort gegenseitig totschiessen und trotzdem liefern – kein Grund zur Aufregung! Würden aber die Machtverhältnisse sich so ändern, dass diese Lieferungen ausbleiben – ich vermute, recht bald wäre eine Militärkoalition dorthin unterwegs, um dort die „Menschenrechte“ zu schützen...

Natürlich! Die Interessen sind's. Auch die wirtschaftlichen. Wem wäre es übel zu nehmen, wenn er seine Interessen wahrnimmt? Aber dabei werden wir schuldig.

So nachvollziehbar Joachim Gaucks Aufforderung, Hilferufe nicht ungehört zu lassen auch sein mag: so einfach ist es eben nicht (und das behauptet Gauck sicher auch nicht). Wo die Kosten und Mühen für Einsätze, ja Kriege nicht gescheut werden, da geht es um handfeste Interessen, die ja durchaus legitim sein können. Aber helfen? Wir können nicht und wir wollen auch gar nicht überall helfen und eingreifen. Wir suchen sehr genau aus, wen wir hören wollen und wen nicht. Triftige Gründe finden sich immer. Das ist Realpolitik, wie wir sie kennen!

II. Christsein in der gefallenen Welt: „Rechtserhaltende Gewalt“ statt „Gerechter Krieg“?

Muss Krieg manchmal doch sein?

Schon in der Confessio Augustana von 1530 in Art. 16 wird deutlich, was es für Christen heißt, unter den Bedingungen der gefallenen Welt zu leben:²

Es geht um die Erlaubnis für Christen zur „Beteiligung an *rechtmäßiger* Kriegführung als Konsequenz christlicher Weltverantwortung“, auch wenn der Artikel keine „Lehre vom gerechten Krieg“ enthält.³

Aber was ist „*rechtmäßige* Kriegführung“?

Von „rechtserhaltender Gewalt“ spricht die EKD-Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ und möchte das vom Begriff des „gerechten Krieges“ unterschieden wissen.⁴ Sie trägt damit der Tatsache Rechnung, dass ein intakter staatlicher Ordnungsrahmen i.d.R. existentiell für eine menschenwürdige Existenz ist.

² Gen 8,21: „...denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf.“

³ Friedensdenkschrift der EKD 2007, Abs. 100

⁴ Absatz 98

Aber was ist „rechtserhaltende Gewalt“?

Was wir in Libyen sehen, besser: was uns vorgespielt wird, ist wie in einem schlechten, einfach gestrickten Film:

Die schwachen Guten sollen gewinnen, gegen den starken Bösen.

Die militärische Unterstützung für bewaffnete libysche Rebellen, die eine bestehende staatliche Ordnung umstoßen wollen, wird wohl kaum jemand als „rechtserhaltende Gewalt“ bezeichnen wollen. Aber ist das, was Gaddhafis Truppen machen, das, was sich wie ein Bürgerkrieg ausnimmt, ist das „rechtserhaltende Gewalt“, wenn damit das bestehende System gerettet werden soll?

Eindeutig sind diese Fragen meines Erachtens nicht zu beantworten.

III. Realpolitik statt Moralpolitik. Interessen wahrnehmen und Strategien verfolgen im Sinne des Dreifach-Gebots der Liebe: Streben nach *win-win*-Lösungen

Ich plädiere für Realpolitik statt Moralpolitik.

Für eine neue Realpolitik!

Was das heißt, will ich gerne erläutern.

Die bereits zitierte EKD-Friedensdenkschrift wendet sich gegen einen Gewaltgebrauch, der eine weltanschauliche Zielsetzung verfolgt und unterscheidet das – im Sinne der reformatorischen Unterscheidung von Gottes geistlicher und weltlicher Regierweise von einem „verantwortbaren Gewaltgebrauch“ „um der Erhaltung des weltlichen Zusammenlebens willen“.⁵

Das klingt abstrakt, ist vielen vielleicht auch plausibel. Kurz: kein Krieg für weltanschauliche Ziele!

Konkret heißt das: kein Kriegszug mit dem Etikett von „Ehre und Vaterland“ – wie vor fast 100 Jahren. Kein Kriegszug mit dem Etikett von „Demokratie und Menschenrechten“ heute.

Bewaffnete Einsätze, Kriege dienen Interessen – und die können legal, ja legitim sein. Niemand muss das mögen.

Diese Einsätze brauchen aber keinen moralischen Tarnanzug – denn eine moralische Argumentation für Krieg (*sei es die Verteidigung unserer Sicherheit am Hindukusch oder die angebliche Förderung von Demokratie und Menschenrechten*) kommt ohnehin in der Regel bald mit des Kaisers neuen Kleidern daher – nackt!⁶

⁵ Vgl. EKD-Denkschrift 2007, Abs. 98

⁶ Ein etwas ordinärer, aber für unser Thema treffender Satz heißt: „*Fighting for peace is like fucking for virginity*“. Jungfräulich sind wir in der Sache gerade nicht, aber doch ist in allem, was sich „Kampf für den Frieden“ nennt zu größtmöglicher Enthaltensamkeit zu raten.

Nein – bitte **keine Moralpolitik!** Ohnehin: ein Staat, der sich mit einer Moral oder einer Weltanschauung identifiziert und sie durchsetzen will, verhält sich vor-aufklärerisch.

Ich plädiere **für eine neue Realpolitik** – für das Primat von Interessen und Strategien:

Ich plädiere für eine Realpolitik aus der Perspektive des Dreifach-Gebotes der Liebe:

„Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüte und deinen Nächsten wie dich selbst.“ (Lk 10,27)

WIE DICH SELBST! Wir dürfen an uns selbst denken, an unsere Interessen. Wer aus der Liebe Gottes lebt, aus seinem Frieden, kann kreativ werden bei der Suche von *win-win*-Lösungen in Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen – und dabei selbst nicht zu kurz kommen – ganz im Gegenteil.

Nur eine Konkretion möchte ich nennen. Nämlich die, mit der der Krieg in Nordafrika – und nicht nur der, schon mitten im Herzen Europas angekommen ist.

Vor wenigen Wochen war ich in Athen, dort, wo viele der Flüchtlinge aus Nordafrika auf der Suche nach einem besseren Leben anlanden.

Griechenland hat nicht nur das Euro-Problem. Es hat auch das Problem mit hunderttausenden mittellosen Flüchtlingen, die dort in Perspektivlosigkeit versinken. Die Kreativität Europas scheint sich in dieser Frage v.a. auf den Einsatz von Frontex zu beschränken, einer Grenzpolizei, die weitere Neuankömmlinge abweist, wo immer ihr das möglich ist.

Aber brauchen wir diese Leute nicht: viele junge, kräftige lebenshungrige Menschen mit der Sehnsucht nach einer guten Zukunft. Wir hier in einem Europa, das immer älter wird, in dem wir immer länger arbeiten müssen, immer schlechter versorgt sein werden – weil es nicht mehr genügend junge Leute geben wird, die uns pflegen, unsere Rente zahlen!

Wie wäre es, das demographische Ungleichgewicht bei uns und die Not der Flüchtlinge zu überwinden, indem wir viel Geld – sehr viel Geld in die Hand nehmen, und diesen Leuten sagen: wenn ihr bleiben wollt, dann lasst euch ausbilden, lasst euch qualifizieren, wir bieten euch die Möglichkeiten dafür – und ihr werdet eine Zukunft haben in Europa! *Wir* werden eine Zukunft haben!

In Athen habe ich nach Ansätzen dieser Art gesucht. Begegnet ist mir eine einzige Frau – in der Evangelischen Gemeinde dort, die Flüchtlingen Sprachunterricht gibt, um ihre Zukunftschancen zu verbessern. –
Was das Geld für ein solches Projekt betrifft: ich habe das nicht recherchiert.

Aber ich vermute stark, angesichts der Summen, die für Rüstung und für Rettungspakete zur Verfügung stehen und die wir uns doch noch vor kurzem in unseren wildesten Phantasien nicht ausgemalt hätten, angesichts dessen sollte es nicht allzu schwierig sein, für eine solche zentrale Zukunftsaufgabe Europas noch bedeutend mehr Mittel locker zu machen, als bisher.

Keine Frage, dass Friedenslösungen im Sinne der Nächstenliebe auch die Entwicklung und Förderung von Strukturen und Initiativen einschließt, die es den betreffenden Menschen künftig ermöglicht, in ihren Herkunftsländern würdig zu leben und sich eine Zukunft aufzubauen. Und da haben auch wir künftig vielleicht eine Aufgabe in Libyen.

Und warum sollen wir dabei nicht auch weitsichtig nach unserem politischen und wirtschaftlichen Nutzen fragen, fragen, wer uns günstig verkauft was wir brauchen?

Aber eben auch fragen, was der andere braucht!

Wenn wir diese Frage ernst nehmen, dann müssen wir bei uns so viel ändern, uns selbst ändern.

Denken Sie daran, z.B. wenn Sie das nächste Mal meinen, ein neues Handy zu brauchen, wieviel Blut aus dem Kongo daran klebt ...

"Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe; darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben." sagt Jesus (Mt. 10,16).

Also ihr Schafe: auf in den Kampf der Realpolitik!

Seid dabei klug, realistisch und phantasievoll – aber keine Moralisierer!

Die **Kollekte** wurde erbeten für:

Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) (<http://www.eappi.org/>)



**Lorenzer Kommentargottesdienste
zu Ereignissen der Zeit
seit über 40 Jahren in St. Lorenz**

Die Termine der Kommentargottesdienste 2011:

**Sonntag, 23.01., 20.02., 20.03., 22.05., 19.06.,
17.07., 18.09., 23.10. und 18.12.2011
jeweils um 11.30 Uhr in der St. Lorenzkirche.**

**Der besondere Kommentargottesdienst
am Buß- und Bettag, 16.11.2011, 18:00 Uhr.
mit Dr. Reinhard Höppner**

<http://www.lorenzkirche.de>

→ Gottesdienste → Kommentargottesdienst